

## Rede von Cornelia Kerth (Bundesvorsitzende der VVN-BdA) am 30. Juni 2018 bei der Kundgebung gegen den AfD-Bundesparteitag in Augsburg

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Das Grundgesetz war 1949 als Gegenentwurf zum faschistischen Staat entstanden. Gerade erst hatten die alliierten Befreier in Nürnberg ganz deutlich gemacht, dass Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist.

Zur Erinnerung: 12 Jahre Terror, Völkermord und Vernichtungskrieg, 60 Millionen Tote und Europa in Schutt und Asche waren das, was der AfD-Vorsitzende Gauland einen „Vogelschiss“ nennt.

Von Politikern aller anderen Parteien hört man bei Gedenkveranstaltungen regelmäßig „Nie wieder!“ Wo sind sie heute? Wo ist ihr Statement zur AfD?

Statt dessen sehen wir hier ein riesiges Polizei-Aufgebot, Antifaschisten werden staatlich diffamiert und kriminalisiert, der Verfassungsschutz nennt uns „Linksextremisten“.

Wenn damit die größtmögliche Gegnerschaft zu den Menschenfeinden in der Messehalle gemeint ist, dann bin ich gerne Linksextremistin.

Das ist heute die entschiedenste Verteidigung des Artikels 1 unserer Verfassung, denn die AfD verletzt täglich die Würde von Menschen. Sie tut das,

- mit der Forderung nach Schusswaffengebrauch an den Grenzen
- mit der alltäglichen Kriminalisierung von Geflüchteten
- mit der Konstruktion von Muslimen als innerer und äußerer Feind
- durch regelmäßige rassistische, antisemitische Ausfälle
- durch Rückgriffe auf die Kategorisierung von Menschen im Sinne der „Rassenhygiene“
- und wenn sie die Erfassung von Sinti und Roma fordert, was schon einmal die Grundlage für 500.000-fachen Mord war.

Die tägliche Hetze folgt Frau Weidels Maxime „Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte“.

Höcke geht noch einen Schritt weiter. Mit der Abschaffung des § 130 StGB fordert er die Aufhebung des Verbots von Holocaustleugnung und Verherrlichung des Naziregimes. Er macht ganz deutlich, wohin die Reise gehen soll, wenn er sagt: „Ich will, dass Deutschland nicht nur eine 1.000-jährige Vergangenheit hat. Ich will dass Deutschland auch eine 1.000-jährige Zukunft hat.“

Darum geht es auch auf diesem Parteitag.

Gerade hat Höcke ein Rentenkonzept vorgelegt und stellt den Antrag, dass sich 2019 ein Parteitag mit „Sozialpolitik“ befasst, die bisher im Programm der AfD gar nicht vorkommt.

Das, was zu erwarten ist, wird selbst bei tagesschau.de als „nationaler Sozialismus“ charakterisiert.

Dazu kommt das Thema „Parteistiftung“. Knapp 1.000 wissenschaftliche Mitarbeiter sollen „Think-Tanks“ für die rechte Programmentwicklung und Vernetzung und jährlich 500 „Bildungsangebote“ sorgen.

Die Leitung der Stiftung soll die allseits bekannte Berufsvertriebene Erika Steinbach übernehmen. Sie schafft es, die Reste eines „wirtschaftsliberalen Flügels“ und offen völkischen Parteigenossen geeint hinter sich zu bringen. Wie Gauland kommt auch sie bekanntlich aus der CDU und durfte mit der Stiftung „Flucht und Vertreibung“ dazu beitragen, nationalistische und revanchistische Positionen schon mal institutionell zu verankern.

Als Finanziere stehen für's Erste die berühmten mittelständischen Unternehmen vom „Verein für Rechtsstaatlichkeit und bürgerliche Freiheiten“ mit Millionen zur Verfügung.

Liebe MitstreiterInnen,

das, was hier in der Messehalle zusammengefunden hat, um uns alle aus der völkischen Vergangenheit in eine völkische Zukunft zu führen,

- in der Demokratie - gleich welcher Art - , Vielfalt und Solidarität überwunden werden,
- in der soziale Rechte „Staatsbürgern“ nach AfD-Art vorbehalten sind und
- in der wieder Wehrpflichtige auf „künftige Kriege“ vorbereitet werden.

Das verlangt entschiedenen Widerstand.

Ebenso verlangt jeder Versuch, mit dieser Partei als Koalitionspartner zu spekulieren, wie es die CSU offensichtlich tut, entschiedenen Widerstand.

Die Anbiederung an das reaktionäre, demokratiefeindliche, rassistische Programm der AfD, die überall in Parteien und Medien deren Aufstieg begünstigt, muss aufhören.

Es ist höchste Zeit, aufzustehen.

Wir stehen auf für eine solidarische Gesellschaft,

- in der alle Menschen von ihrer Arbeit, ihrer Rente, einer sozialen Grundsicherung leben können,
- in der Wohnungen bezahlbar sind und Bildung nicht auf Eliten setzt, sondern für alle da ist,
- in der Gesundheit und andere Bereiche der Daseinsvorsorge nicht in privater Hand, sondern öffentlich und bedarfsgerecht organisiert sind.

Wir stehen für offene Grenzen für alle, die die Verheerungen der globalen Wirtschaftsordnung zwingen, ihr Land zu verlassen. Lasst uns gemeinsam dafür streiten und die AfD dorthin zu schaffen, wo sie hingehört: auf den Müllhaufen der Geschichte.